

Schönburger Tageblatt

und Waldenburger Anzeiger.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen.
Abnahme von Inseraten für die nächsten 7 Tage Nummer bis Vormittags 11 Uhr.
Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 1 Mk. 60 Pf., monatlich 55 Pf.
Einzelne Nr. 10 Pf. Inserate pro Zeile 10 Pf., für auswärts 15 Pf.

Zentralen: in Altstadtwaldenburg bei Herrn Otto Förster; in Callenberg bei Herrn Strunz; in Kaufungen bei Herrn Fr. Janaschel; in Langenchursdorf bei Herrn H. Stiegler; in Penig bei Herrn Wilhelm Dabler; in Wolkensdorf bei Herrn Edvard Kirsten.

Verantwortlicher Hr. 9.

Amtsblatt für das königliche Amtsgericht und den Stadtrat zu Waldenburg.

Zugleich weit verbreitet in den Städten Penig, Lunzenau, Lichtenstein-Callenberg und in den Ortschaften der nachstehenden Standesamtsbezirke: Altstadt-Waldenburg, Bräunsdorf, Callenberg, Ehrenhain, Frohnsdorf, Falken, Grumbach, Kaufungen, Langenchursdorf, Langenleuba-Niederhain, Langenleuba-Oberhain, Niederwiera, Oberwiera, Oberwinkel, Delsnitz i. G., Reichenbach, Kemse, Schlagwitz, Schwaben, Wolkensdorf und Ziegelheim.

No 273.

Dienstag, den 24. November

1908.

Barometerstand 747 mm reduziert auf den Meeresspiegel. Thermometerstand + 6,5° C. (Morgens 8 Uhr + 4° C. Tiefste Nachtemperatur + 4° C.) Feuchtigkeit Gehalt der Luft nach Lambrechts Polymeter 78%. Taupunkt + 2,5° C. Windrichtung: Süd. Niederschlagsmenge in den letzten 48 Stunden bis früh 7 Uhr: 10,3 mm. Daher Witterungsaussichten für den 24. November: Wolkig mit Niederschlägen.

Waldenburg, 23. November 1908.

Acht Tage sind seit der bedeutungsvollen Potsdamer Audienz des Reichskanzlers beim Kaiser verstrichen, seit acht Tagen besitzt das deutsche Volk die im amtlichen Teile des Reichsanzeigers publizierte Erklärung, der Kaiser erblicke seine vornehmste Aufgabe darin, die Stetigkeit der Politik des Reiches unter Wahrung der verfassungsmäßigen Verantwortlichkeiten zu sichern, und trotzdem ist die erhoffte Beruhigung der Gemüter noch immer nicht eingetreten. Selbst die Verhandlungen über die hochwichtige Finanzreform-Vorlage im Reichstage vermögen das weit verbreitete Verlangen, Genaueres über jene Audienz zu erfahren und greifbare Garantien der gewünschten Art zu erhalten, nicht zu beschwichtigen. Abgesehen von den konservativen Rednern haben die der übrigen Reichstagsparteien in der Debatte über die Finanzreform mehr oder weniger deutlich auf die Krise angepielt und hingewiesen, die durch die Audienz vom 17. d. nach alledem doch nur als vorläufig beigelegt angesehen werden kann. Die erste Lesung der Finanzreform, diese ist an sich ja ein spröder und nüchterner Stoff, der sich besser für die Kommissionsarbeiten als für die Plenarverhandlungen eignet, wird möglicherweise oder sogar wahrscheinlich bereits in dieser Woche erledigt, trotzdem sie am Dienstag durch die Besprechung der Interpellation wegen der Grubenkatastrophe auf der Zeche Radbod eine Unterbrechung erfährt. Dann kommen die Anträge wegen eines Gesetzes über die Ministerverantwortlichkeit und die Erweiterung der Rechte des Parlaments zur Verhandlung. Da wird es noch ein paar heiße Tage in dem in- und außerparlamentarischen Hause am Königsplatz zu Berlin geben, und man weiß nicht, ob der Wirrwarr nachher nicht noch größer werden wird, als er vordem war. Die Lage ist fortwährend kritisch und ungewiß.

Nach der Verfassung ist der Reichskanzler allein dem Kaiser verantwortlich, der ihn nach freiem Ermessen ernennen und absetzen kann, nicht aber auch dem Bundesrat und dem Reichstage. Was bedeutet da die verfassungsmäßige Verantwortlichkeit, deren Sicherung der Kaiser zugesagt hat? Hier liegt eine offenbar Unklarheit vor, trotz der das Reich sich zwar 38 Jahre lang wohl befunden hat, die andererseits aber dem Zentrum und der Sozialdemokratie die Waffen zu ihren Anträgen liefert. Die Forderung im gegenwärtigen Augenblicke, jene Unklarheit zu beseitigen, muß in der Tat als ein Mißtrauensvotum des Reichstages gegenüber der Vertrauensumgebung des Kaisers vom 17. d. aufgefaßt werden. Man nahm die Situation indessen weniger tragisch in der Voraussetzung, daß das Vorhaben des Zentrums und der Sozialdemokratie an dem geschlossenen Widerstande der Blockparteien scheitern würde. Diese Voraussetzung ist jedoch eine irrthümliche. Auch die Freisinnigen und nicht wenige aus den Reihen der Nationalliberalen unterstützen den Antrag des Antiklocks auf die Einbringung eines Kanzler-Verantwortlichkeits-Gesetzes. Nur die Konservativen halten sich mit vollem Vertrauen an das Wort des Kaisers und erachten jede weitere Diskussion der für sie damit erledigten Angelegenheit für überflüssig.

Neue Stürme stehen uns also bevor und werden schon in den aller nächsten Tagen ausbrechen. Fürst Bülow ist kein Jüngling mehr, die Anstrengungen der jüngsten Wochen haben den mit tausenden Arbeiten überbürdeten Staatsmann scharf mitgenommen. Es heißt, der Kanzler werde während der parlamentarischen Weihnachtsferien einen Erholungsurlaub nehmen, und der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes v. Schön noch in dieser Woche nach Berlin zurückkehren. Neue Sorgen tauchen auf, und grau wie der Novemberhimmel liegt noch immer unsere politische Zukunft vor uns.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Der Kaiser und die Kaiserin, das Kronprinzliche Paar und andre Mitglieder der kaiserlichen Familie wohnten am Sonnabend voriger Woche im Rathaus zu Berlin der Sun-

derjahr-Feier der Städteordnung bei. Inmitten der Vertreter der Reichshauptstadt ergriff der Kaiser nach einer Huldigungsansprache des Oberbürgermeisters das Wort zu kurzen, aber bedeutsamen Ausführungen, die noch besonderes Interesse erregten durch die indirekte Bezugnahme auf die jüngsten hochpolitischen Vorgänge. Der Kaiser sagte in seiner mit stürmischen Bravos aufgenommenen Rede, die er von der Rednertribüne an die Versammelten richtete, etwa Folgendes: Es war mir eine besondere Freude, an der Jahrhundertfeier der Städteordnung teilzunehmen und unter den Bürgern meiner Haupt- und Residenzstadt Berlin zu weilen. Die Städteordnung ist im Feuer der Freiheitskriege geschaffen und durch treue Opferwilligkeit der Bürger weiter ausgebildet worden. Das gibt mir die Hoffnung, daß sie der Geist echten Bürgertums auch in Zukunft bewahren, und daß sich nichts zwischen Fürst und Volk drängen wird. Der Kaiser fügte dann noch hinzu, daß er zur Erinnerung an den Tag und zum Zeichen seiner huldvollen Gesinnung der Stadt Berlin sein Bildnis verleihe habe. Seit seiner 20jährigen Regierungszeit nahm der Kaiser am vergangenen Sonnabend zum ersten Male an einem Feste der Stadt Berlin in deren eigenen Räumen teil. Am Sonnabend erschien der Kaiser auch in Begleitung der Kaiserin im Rathaus, das er bisher nur ein einziges Mal, gleich nach seinem Regierungsantritt, und zwar allein, besucht hatte. Der jüngste Besuch zur Teilnahme an der Jahrhundertfeier der Städteordnung und die bei dieser Gelegenheit gehaltenen Reden des Kaisers zeigen in erhebender Weise, wie sehr dem Monarchen daran gelegen ist, jeden Schatten zwischen sich und seinem Volke hinwegzuräumen. Der Monarch hatte seine Rede, deren wesentlichster Satz wörtlich lautete: „Wenn nach den Worten des Preußenliedes nicht immer heller Sonnenschein leuchten kann, und es auch trübe Tage geben muß, so sollen aufsteigende Wolken ihren Schatten niemals trennend zwischen mich und mein Volk werfen.“ von einem Blatt Papier abgelesen und aus eignem Munde die Worte hinzugefügt: Gott segne meine Haupt- und Residenzstadt Berlin! Nach dem Kaiser betrat Bürgermeister Reide die Tribüne, um die Festrede zu halten. Der Kaiser folgte den ohne Konzept vorgetragenen freimütigen Worten des Redners, die den Freiherrn v. Stein, den geistigen Städtebauer, feierten, den Bureaokratischen zur Erleichterung der eigentlichen Verwaltungsgeschäfte des Staates als Fortsetzung und Ausbau der Steinischen Reformen forderten, mit gespannter Aufmerksamkeit. Die Rede Reides war in ihren Ausblicken auf die Zukunft eine ausgesprochen politische Rede. Sie war insofern eine Sensation, weil ihr Text, wie stets bei derartigen Gelegenheiten, der zuständigen Instanz, also in diesem Falle wohl dem Reichskanzler, vorgelesen hatte, und weil sie trotzdem gehalten werden durfte. Der Kaiser machte die Kaiserin wiederholt auf drastische Schilderungen aufmerksam, die der Redner von Personen und Qualitäten der Stadtoberhäupter in der guten alten Zeit des Absolutismus gab. Als der Vortragende gegen die Bureaokratie und den Formeltram zu Felde zog, wandte sich der Kaiser zum Reichskanzler Fürsten v. Bülow um und nickte ihm lächelnd zu. Nach der Rede schüttelte der Kaiser dem Bürgermeister Reide die Hand und begann mit ihm ein längeres Gespräch, in das auch der Oberbürgermeister und der Stadtverordnetenvorsteher hineingezogen wurde. Als Reide bei der Frage über die Erwerbung des Tempelhofer Feldes darauf anspielte, daß die Schwierigkeiten beim preussischen Ministerium des Innern lägen, in dem der Kronprinz zur Zeit arbeite, wandte sich der Kaiser zu dem Thronfolger und sagte: Das seid also Ihr! Als nach einem dreifachen Hurra der Hof sich entfernte, sagte eine bekannte Persönlichkeit aus dem Gefolge des Kaisers, so berichtet die „Tägl. Rundsch.“ zu einem wegen seiner Länge allbekanntem und populären General: „Na, die haben's gehörig abgekrigelt!“, „Na ja!“ lachte der General. „Was wollen Sie? Neue Aera!“ Der Oberbürgermeister und verschiedene andre Stadtvertreter wur-

den aus Anlaß der Festlichkeit vom Kaiser durch Ordensverleihungen ausgezeichnet. Als ein politischer Akt nach den Vorgängen der vergangenen Wochen ist vielfach die Teilnahme des Hofes an der Festfeier der Reichshauptstadt aufgefaßt worden. Als politische Sensation des Tages wurde es aufgefaßt, daß der Kaiser nicht frei sprach. Der Kanzler war ihm zum Podium gefolgt und hatte ihm mit tiefer Verehrung ein Schriftstück überreicht. Es war der Text der Rede, die der Kaiser verlas.

Der deutsche Kronprinz und seine Gemahlin, die eine Sammlung für die Hinterbliebenen der auf der Zeche Radbod Verunglückten veranstalten, bitten durch einen Aufruf jeden, der bereit ist, durch Stiftung einer Geldsumme die große Not lindern zu helfen, sich an dieser Sammlung zu beteiligen. Eine in Essen abgehaltene außerordentliche Generalversammlung des Bergbauvereins stiftete anlässlich der Radboder Katastrophe einen Unterstützungsfonds von 100,000 Mk.

Es steht noch nicht fest, ob der Reichskanzler Fürst Bülow, der sich gesundheitlich jetzt ganz wohl befindet, im Dezember einen Urlaub antreten wird. Möglich ist, daß der Fürst nach dem Beginn der parlamentarischen Weihnachtsferien, vorausgesetzt, daß die politische Konstellation es zuläßt, etwa zwei Wochen im Süden, wahrscheinlich in Rom, verleben wird.

Die Beilegung der inneren Krisis wird jetzt in der „Nordd. Allg. Ztg.“ besprochen. Das halbamtliche Blatt freut sich über die Befriedigung der deutschen Presse; gegen vereinzelte Blätteräußerungen entgegengegesetzter Art im gegenwärtigen Augenblicke Stellung zu nehmen, liege kein Bedürfnis vor. In der hohen Auffassung der Herrscherpflichten, die aus der kaiserlichen Entschließung spreche, besitze die deutsche Nation eine Bürgschaft für die Fortdauer des wiedergewonnenen Vertrauensverhältnisses zwischen Krone und Volk, aus dem in der Vergangenheit so herrliche Taten hervorgegangen seien.

Die Aussichten für das Zustandekommen der Finanzreform in der Fassung der Regierungsvorlage sind nach dem bisherigen Verlauf der Reichstagsdebatten sehr ungünstig. Freilich der erfahrene Abg. Baasche hat Recht, es kommt oft ganz anders, als es nach den Reden der ersten Lesung hätte erwartet werden müssen. Immerhin verdient ein Vorschlag der „Voss. Ztg.“ Beachtung, die Jagden in den fiskalischen Forsten zu verpachten, wodurch eine jährliche Mehreinnahme von mindestens 30 Millionen Mk. ohne neue Steuern erzielt werden würde. Vielleicht verdrängt sich der Vorschlag zu einem Antrag im Reichstag.

Am Sarge Bismarcks in Friedrichsruh erschienen, wie alljährlich, so auch am Vorabend des diesjährigen Totensonntags alldeutsche Dämärker aus Wien, Nieder- und Oberösterreich, Böhmen, Mähren, Tirol und Salzburg zur Abhaltung einer stillen Totenfeier. Die Erschienenen wurden von einem Vertreter des fürstlichen Hauses empfangen und in die Gruft geleitet. Am Sarge Bismarcks hielt der Abgeordnete v. Schönerer eine Ansprache, nach der die mitgebrachten Kränze niedergelegt wurden. Die Deputierten begaben sich dann nach Hamburg, wo am Sonntag im großen Saale des Patriotischen Gebäudes eine würdige Gedenkfeier für Bismarck abgehalten wurde.

Der Alldeutsche Verband hielt am vergangenen Sonntag in Leipzig eine Sitzung ab, der ein gemeinsames Essen im Ratsteller folgte. In der Verbandsitzung sprach der Vorsitzende, Rechtsanwalt Claß-Mainz, über den Zusammenbruch der reichsdeutschen Politik, der böhmische Landtagsabgeordnete Reiterer-Budweis über die Kämpfe des Deutschtums in Oesterreich-Ungarn.

Oesterreich-Ungarn.

Am vergangenen Sonntag fand ein gemeinsamer Ministerrat statt, der sich mit dem serbischen Handelsvertrage, der türkischen Boykottbewegung und den Vertragsverhandlungen mit Rumänien beschäftigte.